



**Bürgerinitiative**  
**Erhalt statt Abriss**  
der Kasernengebäude auf Spinelli

Kontaktadresse:  
Yvette Bödecker  
0621/7284095  
yboedecker@gmx.de

An Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Specht  
Rathaus E5  
68159 Mannheim

Mannheim, 23.11.2023

Offener Brief zum Informationskonzept der GBG für die Spinelli-Bebauung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Specht,

in der Sitzung des Konversionsausschuss am 7.11.23 haben Sie angekündigt, dass die GBG ihr Gutachten zur Frage „Erhalt oder Abriss der beiden Kasernengebäude auf Spinelli“ öffentlich präsentieren und diskutieren lassen wird. Sie hatten von einer hierzu geplanten Veranstaltung gesprochen.

Vor dem Hintergrund der bundesweit geführten Debatte über den klimapolitisch widersinnigen „Abriss von Bestandsgebäuden“ und angesichts der vielen Stimmen aus der Mannheimer Bürgerschaft, die den Erhalt der beiden Kasernengebäude fordern, ist Ihrem Vorschlag zuzustimmen, über die Zukunft der beiden Kasernengebäude öffentlich zu diskutieren. Diese Form informeller Bürgerbeteiligung entspricht auch dem Beschluss des Gemeinderats, die demokratischen Prozesse in der Gemeinde zu stärken. Im Regelwerk Bürgerbeteiligung wird deshalb folgerichtig festgehalten:

*„Im Rahmen der informellen Bürgerbeteiligung sind alle Einwohnerinnen und Einwohnern aufgerufen, den Gemeinderat und die Verwaltung direkt zu beraten und ihr Expertenwissen und ihre Bedarfe einzubringen. Der Gemeinderat hingegen sieht sich in der Pflicht, diese Bedarfe und Vorschläge zu verfolgen. Informelle Bürgerbeteiligung ergänzt somit durch neue inhaltliche Aspekte die Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz des Gemeinderats bzw. der Verwaltung. Dabei berücksichtigt der Gemeinderat grundsätzlich alle gesellschaftlichen Gruppen und Perspektiven, unterstützt die Artikulationsschwachen und fördert den Interessenausgleich.“ (S. 6)*

Mit Blick auf die Frage „Abriss oder Erhalt der Kasernengebäude“ wäre daher zu erwarten, dass bei einer entsprechenden Veranstaltung Vertreter\*innen aus Politik, Verwaltung, GBG und Zivilgesellschaft bestens informiert werden und in einem gemeinsamen Dialog Fragen, Argumente und Einschätzungen wechselseitig anhören und austauschen können. Nur auf diese Weise kann ein produktiver Zusammenfluss verschiedener Positionen erreicht werden. Damit auch wirklich alle Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit haben, die ausgetauschten Argumente zu verfolgen, ist zudem eine transparente und öffentliche Debatte unter Einbezug der Medien erforderlich.

Derzeit ist jedoch keine Vorgehensweise erkennbar, welche diesem Anspruch folgt: Die Geschäftsführung der GBG sieht ein Informationskonzept vor, das den genannten Standards in keiner Weise gerecht wird: Statt eines gemeinsamen Dialogs der oben genannten Gruppen will die GBG jeweils nur in getrennten Veranstaltungen mit Bezirksbeiräten und Gemeinderatsmitgliedern sprechen, dann gesondert mit ausgewählten Architekt\*innen und zuletzt mit Vertreter\*innen der Bürgerinitiative

„Erhalt statt Abriss“. Das Motto der Geschäftsführung „Teile und Herrsche“, gehört in eine andere Epoche und widerspricht diametral den Standards einer demokratisch legitimierten Kommunikation. Wir fragen uns, ob diese Vorgehensweise dazu dienen soll, eine Presseberichterstattung zu verhindern: Warum fürchtet die GBG ein gemeinsames und öffentlich geführtes Gespräch von Politik, Verwaltung, Fachöffentlichkeit und Zivilgesellschaft? Was hat die Geschäftsführung zu verbergen?

Wir würden folgenden Informations- und Diskussionsablauf für angemessen halten:

(1) Es besteht durchaus Verständnis für das teilweise vorgebrachte Argument, dass die Komplexität des Gutachtens und die daraus resultierenden Fragen es erforderlich machen würde, zunächst vorrangig solche Gesprächsgruppen zusammenzubringen, mit denen fachliche Details diskutiert werden können. Dann jedoch sollten in einem ersten Schritt die Bürgerinitiative inklusive Architektenschaft sowie die politischen Mandatsträger gemeinsam Gelegenheit bekommen, die Argumente auszutauschen. Dies setzt natürlich auch voraus, dass den hier Beteiligten das Gutachten vorab zur Verfügung gestellt wird.

(2) Im zweiten Schritt jedoch sollten zusätzlich alle Einwohnerinnen und Einwohnern im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung die Möglichkeit erhalten, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Nur so kann Bürgerbeteiligung wirksam werden.

(3) Wir gehen ferner davon aus, dass die interessierte Presse jeweils eingeladen wird.

Als Aufsichtsratsvorsitzenden der GBG bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dafür Sorge zu tragen, dass eine öffentliche Diskussion rechtzeitig vor den formalen Beschlüssen der GBG zum geplanten Abriss-Vorhaben der GBG auf Spinelli stattfindet, die den von der Stadt Mannheim gesetzten Regeln zur Bürgerbeteiligung entspricht – und sicher auch Ihrem eigenen Anliegen gerecht wird, die Stadtgesellschaft zusammenzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative „Erhalt statt Abriss“

i.A. Yvette Bödecker

P.S. Dieser Offene Brief geht auch an die Fraktionen des Gemeinderats, die Aufsichtsratsmitglieder der GBG sowie an die Medien.